

Im Gespräch

Die Chancen für eine neue globale Friedensordnung

Eine neue, wirklich globale Friedensordnung ist eine der zentralen Voraussetzungen, um die die ganze Menschheit betreffenden Krisen der Gegenwart – Klimaerhitzung, Hungerkatastrophen, Gefährdung der Artenvielfalt, Zunahme von Kriegen und Bürgerkriegen, weltweit stark anwachsende Anzahl von Vertriebenen und Flüchtlingen, zunehmender Zerfall staatlicher und gesellschaftlicher Strukturen etc. – bewältigen zu können. Doch wie könnte eine solche globale Friedensordnung aussehen und vor allem wie könnte sie geschaffen werden? Wie kann eine Kooperation mit Kriegsgegnern und Vertreter:innen nicht-demokratischer und die Menschenrechte verletzender Staaten aussehen? Zu diesen Themen hat sich unser Redakteur Thomas Meinhardt am 15. Februar 2024¹ zu einem Interview mit dem SPD-Außenpolitiker und Bundestagsabgeordneten Ralf Stegner und dem Autor und ehemaligen UN-Korrespondenten Andreas Zumach getroffen.



Ralf Stegner ist SPD-Bundestagsabgeordneter, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses und Vorsitzender des Afghanistan-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages



Andreas Zumach ist ehemaliger UN-Korrespondent in Genf, Buchautor und Fachmann für Fragen der internationalen Friedenspolitik

Überall auf der Welt stehen die Zeichen auf Konfrontation. Es müssen aber dringend Verfahren gefunden werden, um wieder miteinander ins Gespräch zu kommen, um die globalen Krisen zu bewältigen. Herr Stegner, haben Sie Ideen, welche Schritte man gehen müsste, um zum Beispiel den Krieg in der Ukraine kurz und mittelfristig zu beenden, ohne dass es ein Diktatfrieden Putins ist?

Stegner: Zunächst ist wichtig, dass wir in Europa nicht zulassen dürfen, dass mit Gewalt Grenzen verschoben werden. Lassen wir das zu, ist der Krieg nicht nur zurück in Europa, sondern dann wird Krieg überall in der Welt noch mehr als bisher wieder zum Mittel der Politik. Deswegen gibt es die politische, ökonomische, humanitäre und

militärische Unterstützung der Ukraine, um genau diese Grenzverschiebung nicht zuzulassen. Dabei finde ich es wichtig, insbesondere die ukrainische Zivilbevölkerung zu schützen. Also beispielsweise Luftabwehrsysteme zu liefern, um Krankenhäuser, Schulen und die Energieversorgung zu sichern. Aber ich bin skeptisch gegenüber Strategien, die sagen, wir müssten nur genügend und immer offensivere Waffen liefern, damit Putin an den Verhandlungstisch gezwungen wird.

Ich glaube, eine zweite Gefahr, neben der, dass sich der Krieg zu einem Krieg zwischen Russland und der NATO ausweitet, ist, dass wir anfangen, uns an Krieg zu gewöhnen. Denn Krieg bedeutet jeden Tag Zerstörung, Tod, Ver-

¹ Das Gespräch wurde in gekürzter Form in der Zeitschrift FRANZISKANER, Ausgabe Frühling 2024 erstmals veröffentlicht.

treibung, Vergewaltigungen, Traumatisierungen von Menschen. Wir dürfen dies nicht vergessen und diesen Krieg wie ein Schachspiel betrachten und dabei vergessen, dass wir andere Wege finden müssen, diesen Krieg zu beenden, ohne dass Putin seine Kriegsziele erreicht.

Über Waffen kann jede und jeder öffentlich sprechen, aber über Diplomatie, die nur hinter verschlossenen Türen funktioniert, zu reden, ist sehr viel schwieriger. Es müssen aber dringend Ansätze gefunden werden, wie man vielleicht auch mit kleinen, begrenzten Schritten zunächst wieder eine Perspektive eröffnet, die etwas anderes ist als ein fürchterlicher Abnutzungskrieg. Denn durch immer aberwitzigere Aufrüstungsvorschläge wird kein einziges Problem gelöst – im Gegenteil: Viele werden verschärft. Ich vermute, dass es hinter verschlossenen Türen Versuche der NATO-Staaten gibt, Länder wie China, Indien und andere, die mehr Einfluss auf Russland haben, für Vermittlungsbemühungen zu gewinnen.

Herr Stegner, sehen Sie da wirklich realistische Ansätze, gerade in Bezug auf die Volksrepublik China?

Stegner: Es ist kritisiert worden, dass der Bundeskanzler in Peking mit der chinesischen Regierung gesprochen hat. Aber eines der Resultate war, dass China die Russen öffentlich ermahnt hat, auf die Nukleardrohung zu verzichten. Wir müssen lernen, dass wir auch mit Ländern kooperieren müssen, die unsere Werte nicht teilen – vor allem wenn große Teile der Weltbevölkerung in solchen nichtdemokratisch organisierten Staaten leben. Es ist nicht »Wünsch dir was«, sondern einfach die harte Realität. Und das bedeutet, mit Regierungen zu reden, die nichts tun wollen, um dem Westen einen Gefallen zu tun, aber die vielleicht trotzdem – schon aus Eigeninteresse – gewillt sein könnten, Einfluss auf Russland auszuüben. Und die damit vermutlich bessere Chancen hätten als wir.

Herr Zumach, wie sehen Sie das?

Zumach: Es ist das völkerrechtlich legitime Recht der Ukraine, sich gegen diesen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg zu verteidigen. Auch die anfänglichen Waffenlieferungen haben sicher dazu beigetragen, dass nicht die ganze Ukraine überrannt wurde, was ja Putins erklärtes Ziel war. Aber ich bin zunehmend skeptisch geworden über die ständige Eskalation bei den Waffenlieferungen, ohne dass es ein klares, politisch definiertes Ziel gibt. Uns haben westliche Militärs schon seit November 2022 gesagt: Dieser Krieg kann nicht militärisch entschieden und auch von keiner der beiden Seiten gewonnen werden. Er kann nur am Verhandlungstisch beendet werden. Meine Wahrnehmung ist, dass auf der politischen Ebene in den westlichen Hauptstädten und in Kiew selbst immer noch an der Illusion festgehalten wird, die Ukraine könne diesen Krieg gewinnen. Das halte ich für eine gefährliche Illusion. Meine Befürchtung ist, dass wir möglicherweise Mitte Sommer folgendes Szenario:

Aufgrund der Umfragen in den USA kommen die Biden-Administration und die demokratische Partei zu der Einschätzung, dass sie die Wahlen im November verlieren werden wegen des Ukrainekrieges. Und das könnte dazu führen, dass die Biden-Administration möglicherweise schon vor den Wahlen eine abrupte Kehrtwende macht und Putin territoriale Konzessionen signalisiert, nach dem Motto: »Die Krim kannst du behalten und vielleicht auch bestimmte Teile des Donbass und das werden wir der Regierung Selenski schon irgendwie beibiegen.« Das wäre das fatalste denkbare Ergebnis dieses Krieges. Nicht nur für die betroffene ukrainische Zivilbevölkerung in den dann russisch gewordenen Territorien der Ukraine, sondern eben auch als Signal in den Rest der Welt. Vor allem in die Regionen der Welt, in denen es territoriale Konflikte gibt. Deswegen denke ich, muss man sehr konkret darüber nachdenken, was denn verhandelt werden kann – territoriale Konzessionen dürfen m. E. nicht verhandelt werden! Aber auf den Tisch müssen alle Erfahrungen von Kriegsbeendigungsprozessen der letzten 80 Jahre. Und diese zeigen uns, dass zunächst höchst geheim sondiert worden ist, nicht unbedingt zwischen den unmittelbaren Kriegsparteien, sondern meist über Dritte. Und erst dann hat man offiziell verhandelt. Das war bei der Beendigung des Vietnamkriegs etwa so zwischen Kissinger und der vietnamesischen Führung. Das war bei der Herbeiführung des wichtigen Abkommens über das iranische Nuklearprogramm so. Da liegt meine leise Hoffnung, dass solche Sondierungsgespräche bereits längst stattfinden. Ich glaube auch, es müssen die äußeren Akteure, die Einfluss und Druckmöglichkeiten hätten, diese endlich anwenden. Ich glaube, es gibt in Peking, wenn auch nicht auf offener Bühne, durchaus eine Debatte zwischen zwei Fraktionen. Die eine sagt, dass es im eigenen Interesse liegt, die internationalen Handelsketten wieder zu sichern. Die Hauptabsatzmärkte für chinesische Produkte sind Europa und Nordamerika. Und es gibt eine andere Fraktion, die auf die verschärfte Konfrontation mit dem gesamten Westen setzt. Es wäre daher in unserem Interesse, die erste Fraktion zu stärken.

In einem Verhandlungspaket müssen viele der Punkte drin sein, die die ukrainische Regierung am 29. März 2022 bei den letzten Verhandlungen in Istanbul mit der russischen Regierungsdelegation schriftlich benannt hatte. Also erstens Verzicht auf NATO-Mitgliedschaft. Ich bin der festen Überzeugung, dass es ansonsten keinen Friedensvertrag geben wird. Zweitens der Neutralitätsstatus und drittens keine ausländischen Militärstützpunkte. Das meint nicht nur westliche, sondern das meint dann auch keine russische Militärbasis mehr auf der Krim. Viertens verlässliche Sicherheitsgarantien. Und dann kommen die zwei Territorialkonflikte. In dem bereits vorgelegten Verhandlungspaket stand, dass die Ukraine bereit ist den Krimkonflikt bis zu 15 Jahre auf Eis zu legen. Also sich 15 Jahre Zeit zu nehmen für Gespräche und Verhandlungen mit Moskau über eine Lösung. Und zum Punkt Donbass stand in dem Papier, dass Selenski persönlich mit Putin über eine Lösung reden will.

Ich habe seit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim im März 2014 gesagt, hier müsste ein gemeinsames und einvernehmliches Verfahren stattfinden zur Lösung. Zum Beispiel eine neue, diesmal von der UNO durchgeführte Volksabstimmung auch mit der Wahloption einer weitestgehenden Autonomie der Krim innerhalb der Ukraine. Das selbe Verfahren wäre denkbar für den Donbass. Es muss auch eine Neuetafelierung aufgekünigter Rüstungskontrollen und Abrüstungsabkommen geben. Sowohl bilateral zwischen Washington und Moskau, aber auch die Erneuerung multilaterale Abkommen, wie die im Rahmen der KSZE (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) vereinbart wurden. Und es muss auch etwas für Putin drin sein. Es muss Sicherheitsgarantien geben. Der außenpolitische Chefberater von Kanzler Scholz hat Beispiele für solche Sicherheitsgarantien genannt. Also etwa den klaren und garantierten Verzicht, auf ukrainischem Territorium Waffen zu stationieren, mit denen die Ukraine tief in russisches Territorium schießen könnte. Und ich gehe davon aus, dass solche Punkte natürlich schon in den geheimen Gesprächen gegenüber Putin signalisiert werden müssen, bevor offiziell verhandelt wird. Sonst bewegen wir uns immer wieder in der Endlosschleife der Behauptung, Putin würde nicht verhandeln wollen oder man könne und dürfe nicht mit ihm verhandeln.

Stegner: Ich teile die Einschätzung, der amerikanischen Generäle, dass mit massivem Einsatz erreicht werden kann, dass die Ukraine nicht verliert, aber dass es nicht möglich ist, einen militärischen Sieg über Russland zu erreichen, indem wir immer mehr Waffen liefern. Das wird nicht gelingen, aus den unterschiedlichsten Gründen. Putin sind seine Soldaten egal und er hat deutlich mehr als die andere Seite. Und Russland ist und bleibt eine Atommacht, unabhängig von der Frage, wie wir uns das wünschen. Was ich schwierig finde, ist, dass man auf der einen Seite jedes Wort von Putin auf die Goldwaage legt und andererseits zu Recht von Putins Propaganda-Show redet. Ich würde Putin nie beim Wort nehmen, sondern man muss sich realistisch auf die Dinge einstellen. Zweitens glaube ich, wir haben hier zwei Schlachtfelder: Wir haben ein militärisches Schlachtfeld und wir haben das Schlachtfeld um die öffentliche Meinung in den westlichen Demokratien. Und niemand sollte glauben, dass der Kampf, um die öffentliche Meinung mit einem Machtwort zu gewinnen ist. Nach dem Motto: »Eine Blut-Schweiß- und-Tränen-Rede« und dann verstehen die Menschen schon, dass der Verteidigungsetat viel größer werden und beim Sozialen gekürzt werden muss. Das funktioniert nicht in den USA, nicht in Frankreich und auch nicht in Deutschland. Deswegen muss man eine Mehrheit organisieren, indem man verhindert, dass das eine gegen das andere ausgespielt wird. Das wird sonst brandgefährlich. Das Schlimmste, was der Ukraine passieren kann, ist, dass sie den Krieg militärisch verliert und die Unterstützung im Westen verloren geht, weil die öffentliche Meinung sich in diese Richtung bewegt. Wenn wir hier über eine stärkere Unterstützung der Ukraine reden, dann darf das nicht

einfach aus einem normalen Etat bezahlt werden. Und ich teile die Einschätzung von Herrn Zumach, was die chinesischen Interessen angeht. Unser Interesse muss es sein, die ökonomischen Interessen Chinas an guten Handelsbeziehungen mit europäischen Absatzmärkten zu fördern. Und es gibt auch andere Länder, die große Interessen haben. Es ist wichtig, dass wir begreifen, dass wir mit vielen zu reden haben, die unsere Werte nicht teilen. Egon Bahr hat mal gesagt: Wenn wir nur mit denen reden, die unsere Werte teilen, sind wir mit Norwegen und Island allein. Das ist ein bisschen wenig. Und da ist was dran. Politik ist immer auch eine Frage von Interessenvertretung – mit klarem Wertekompass! Ohne geht es nicht. Aber wenn man glaubt, das eine ersetzt das andere, dann wird es gefährlich in der Welt. Deswegen, glaube ich, muss man mit allen Akteuren zusammenarbeiten, jedenfalls an Punkten, an denen man was bewegen kann. Es war immer so, dass Vereinbarungen auch in den schwierigsten Zeiten stattgefunden haben, in Zeiten größter Konfrontation. In Friedenszeiten mit Freunden muss ich nicht über Abrüstung reden, sondern ich muss das tun in Zeiten von Gegnerschaft. Wenn man sich nicht einigt, ist die Alternative keine gute. Und da, glaube ich, könnten wir ein bisschen was aus der Vergangenheit lernen.

In einem sehr klugen Buch von Barbara Tuchman über den Ersten Weltkrieg heißt es sinngemäß: In der internationalen Politik ist es wichtig, sich in die Perspektive der anderen Seite hineinversetzen zu können, gerade wenn man sie nicht teilt. Das vermeidet mögliche Eskalation. Und zu Zeiten des kalten Krieges hat Kennedy genau das beherzigt. In dem Fall hat man damals amerikanische Raketen aus der Türkei entfernt, ohne darüber öffentlich zu reden. Man hat also auch Sicherheitsinteressen Russlands berücksichtigt. Das ist ein Beispiel von großer Staatskunst. Die Verhältnisse haben sich verändert, aber der Grundsatz ist immer noch klug. Man muss sich in die andere Seite hineinversetzen und nicht den eigenen Maßstab über alles andere erheben. Wir haben keine demokratische Opposition in Russland. Die Leute sitzen dort in Lagern oder im Gefängnis, oder sind verstorben. Viele sind auch weitgehend keine Demokraten. Also man darf sich da nicht täuschen und die Welt schönreden, sondern sie ist, wie sie ist und man kann sie nur verbessern mit gemeinsamen Anstrengungen, die von realistischen Voraussetzungen ausgehen. Das sind die Punkte, von denen ich in der Tat glaube, dass entlang solcher Linien Gespräche stattfinden. Es ist schwer zu sagen, wie man sich einigen wird, aber wenn man sich nicht einigt, ist die Alternative keine gute. Und es gibt ja nicht nur den bösen Willen von Beteiligten: Was machen wir denn, wenn mal eine Rakete versehentlich auf NATO-Gebiet runterkommt? Wenn das größte Atomkraftwerk Europas in die Luft geht? Oder ein regionaler Kommandeur die Nerven verliert? Die Gefahren, die in der Situation ohnehin vorhanden sind, sind sehr viel größer, als uns lieb sein kann. Auch das zwingt uns eigentlich, solche Gespräche zu unterstützen und zu versuchen, daran zu arbeiten, dass schrittweise Fortschritt möglich ist.

Es gibt also keine rationale Alternative, als diplomatische Möglichkeiten auszutarieren. Aber ein großes Problem bleibt die Frage des Vertrauens. Wie kann ein Minimum an Vertrauen gefunden werden? Und wie ist es möglich, zu testen, ob dieser Weg überhaupt gangbar ist und Zustimmung bekommt?

Zumach: Wir haben bereits Egon Bahr zitiert, und er hat auf dem Höhepunkt des alten Kalten Krieges 1973 gesagt: Eine Sicherheits- oder Friedensordnung in Europa kann es nur mit der Sowjetunion geben, nicht ohne sie und schon gar nicht gegen sie. Das gibt uns schon die geografische Lage vor. Das bedeutet möglicherweise Interessenunterschiede oder gar Gegensätze zwischen Europa und den USA.

Und diese Analyse gilt heute ganz genauso mit Blick auf Russland. Denn Russland wird von diesem Kontinent nicht verschwinden. Es ist auf der Welt immer geredet worden, manchmal mit nachhaltigem Erfolg und Ergebnis, manchmal mit vorläufigem Erfolg und Ergebnis.

Ein weiterer dominanter Diskurs bei uns ist im Moment, dass Putin angeblich plane, auch andere europäische Staaten anzugreifen, nicht nur osteuropäische NATO-Staaten, die baltischen Staaten, sondern möglicherweise auch uns. Und ich glaube, diese Bedrohungsbehauptung ist falsch. Aber das scheint momentan fast schon Grundkonsens des Diskurs zu sein, und wir müssen darüber reden, ob das denn stimmt. Denn diese Behauptung führt dann auch immer wieder dazu, dass man sagt: Deswegen kann man mit ihm überhaupt nicht reden. Dass Putin Abkommen gebrochen hat, nicht nur das Budapester Abkommen und andere, ist völlig klar. Das haben andere in der Vergangenheit auch getan. Man hat trotzdem mit ihnen geredet. Daran muss man wieder erinnern. Sonst setzt sich das durch, was Frau Major von der Stiftung Wissenschaft und Politik schon im Mai 2022 in der ZEIT geschrieben hat: Dass es wegen dieses Krieges keine Option mehr zu irgendeiner Kooperation mit Russland gebe. Wir hätten nur noch die Option auf Jahrzehnte totaler Konfrontation, politisch, wirtschaftlich, Sanktionen, Informationskrieg, Cyberwar und notfalls eben auch militärisch.

Stegner: Ich stimme gerade dem Letzten ausdrücklich zu. Und mache das mit einem weiteren Zitat von Egon Bahr. Er hat gesagt: Die Freundschaft mit Amerika ist unverzichtbar, und Russland ist in Europa unverrückbar. Das ist so und deswegen, glaube ich, kann man sich auch da die Welt nicht malen, wie man sie sich gerne hätte. Und aus meiner Sicht gibt es genügend Anknüpfungspunkte für ein wenig Hoffnung: das Getreideabkommen zum Beispiel. Ich habe zu denen gehört, die sehr frühzeitig gesagt haben, wir sollten ein Getreideabkommen machen, um eine Hungersnot in Afrika zu vermeiden. Da hieß es: Wenn die Minen aus dem Schwarzen Meer entfernt werden, dann werden

die ukrainischen Schiffe angegriffen. Russland hatte sicher auch ein Interesse daran, sicherlich auch ein Propagandainteresse. Aber es wurde sich darauf eingelassen. Und es gibt Kontakte zwischen Amerikanern und Russen, wie es sie seitdem beide Atommächte sind, immer schon gegeben hat, um zu verhindern, dass da Dinge passieren, die niemand möchte. Das heißt, das ist ein Stück Normalität, dass man miteinander auch in schwierigen Zeiten redet und Abkommen schließt, in denen es schwierig ist. Es gab auch Abkommen zwischen der Hamas und der israelischen Regierung über Geiselfreilassungen und Austausch von Gefangenen und viele Dinge mehr. Das gibt es in den schlimmsten Zeiten. Und das muss es erst recht geben, wenn wir in der Situation sind, dass im Zweifelsfall die Welt angezündet werden kann. Und wir haben auch noch ein paar andere Akteure, die da eine Rolle spielen. Wir haben nicht nur den Ukraine-Krieg, sondern daneben finden Konflikte statt mit dem Iran und vielen anderen mehr. Also die Gefahren sind viel größer. Und manches Feuer kann das andere mitanzünden. Und wir dürfen nie vergessen, dass Krieg immer noch das Furchtbarste ist, was es gibt. Das gilt für alle daran Beteiligten. Auch die russischen Soldaten wollen nicht mit 23 Jahren ihr Leben opfern. Daran ist nichts gut. Und ein Zitat von einem deutschen Bundeswehrgeneral finde ich diesbezüglich sehr passend: Eine Alternative zum Krieg gibt es immer, eine Alternative zum Frieden nicht. Und ich finde auch kleine Schritte notwendig, die in die Richtung regionaler Waffenstillstände, Gefangenen austausch, vertrauensbildende Maßnahmen im kleinsten Maße gehen. Das sind manchmal die Schritte, die dahin führen können, dass man Gesprächsbereitschaft herstellt. Manchmal geht das auch über Dritte, über Nebenabsprachen und über Dinge, die nicht öffentlich werden. All das ist besser als das, was wir sehen: Eine Kriegsverlängerung und die Argumente, warum angeblich immer mehr Waffen den Krieg verkürzen würden, und was daran alles gut ist.

Die öffentliche Debatte und auch die Aussagen von Regierungsseite drehen sich fast ausschließlich um die Frage weiterer und weitreichenderer Waffenlieferungen. Warum wird die Notwendigkeit von Verhandlungen faktisch nicht thematisiert?

Stegner: Ich spreche jeden Tag darüber und bemühe mich darum. Wobei ich wahrnehme, dass dies die Mehrheitsmeinung in der Bevölkerung ist. Aber es ist schwierig, denn man wird schnell in einen Topf geworfen mit denen, die bestreiten, dass es eine Aggression von Putin war, wenn man versucht, gegen reines Aufrüsten zu argumentieren. Mich beunruhigt, dass nur die Älteren noch Erinnerungen daran haben, was der Krieg angerichtet hat in ihren Familien. Manch andere haben eine Social-Media-Vorstellung von Krieg: Wenn es der guten Sache dient, für die Richtige und gegen den Richtigen, dann lassen sie schnell ihre Grundsätze fallen und glauben, was die Rüstungsindustrie erzählt. Kurzum: Wir haben mehr Begründungsbedarf für die Argumentation gegen reines Aufrüsten. Ich wünschte

mir, dass auch die Kirchen ein lauterer Wort führten. Sie und andere Stimmen werden gebraucht, um zu sagen: Man muss nicht Pazifist:in sein. Aber man sollte Kriegsgegner:in sein. Das heißt man muss alles unternehmen, was möglich ist, um gemeinsam mit anderen aus dieser Situation herauszukommen und diese Debatten zu führen. Vielleicht nicht nur auf Kirchentagen und nicht nur wenn die Gläubigen schon da sind, sondern den Diskurs ein bisschen offensiver führen mit denjenigen, die bellizistische Dialoge betreiben. Das wäre eine Aufgabe. Da wünsche ich mir ein paar mehr Mitstreiter:innen, als man sie gelegentlich findet.

Herr Zumach, es ist für viele überraschend, dass zahlreiche Staaten des globalen Südens zwar den Angriffskrieg Russlands verurteilen oder zumindest nicht billigen, aber keineswegs bereit sind, sich an Sanktionen zu beteiligen. Wie beurteilen Sie dies?

Zumach: Wenn ich mit Menschen aus dem sogenannten globalen Süden über die »Zeitenwende-Rede«, die Bundeskanzler Scholz am 27. Februar 2022 gehalten hat, spreche, dann sagen sehr viele: Wovon redet ihr Europäer? Solche Kriege haben bei uns seit Jahrzehnten schon häufig stattgefunden – oftmals unter Beteiligung westlicher Staaten. Also die können diese grundsätzliche Zeitenwenden-Behauptung nicht nachvollziehen und finden das sehr eurozentrisch. Zum zweiten: Die westlichen Staaten haben in den letzten 33 Jahren, seit Ende des Kalten Krieges, in so vielen Fällen gegen die universellen Normen des Völkerrechtes, also gegen die UNO-Charta und das Kriegsverbot, aber auch der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948, verstoßen. Ein drastisches Beispiel ist der britisch-amerikanische Irakkrieg 2003 mit dem Endergebnis von über einer Million toten Irakerinnen und Irakern. Das wird bis heute maximal als Sünde oder nur als Fehler gebrandmarkt, aber nicht als klaren Bruch des Völkerrechtes. Wegen dieser Selektivität und doppelten Standards bei der Anwendung universeller Normen haben die westlichen Staaten im globalen Süden sehr an Glaubwürdigkeit verloren in den letzten 33 Jahren. Ob das jemals wieder gut zu machen ist, weiß ich nicht. Auch das dröhnende Schweigen in vielen westlichen Hauptstädten zu den katastrophalen Auswirkungen der israelischen Kriegsführung gegen die Hamas auf die Zivilbevölkerung in Gaza verstärkt diesen Glaubwürdigkeitsverlust noch. Ich sage das mit zwei weinenden Augen, weil diese Völkerrechtsnormen und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte die wichtigsten Leitlinien sind, die wir überhaupt haben – für die internationale Politik, aber auch innergesellschaftlich. Und diese werden immer weiter unterminiert, wenn sie nach doppelten Standards und selektiv gehandhabt werden. Das schwächt sie. Zweitens gibt es auch in diesen südlichen Ländern diktatorische autokratische Potentaten, die mit dem Finger auf den Westen zeigen, um damit ihre eigenen Menschenrechtsverletzungen und Kriege zu rechtfertigen. Und es gibt drittens natürlich ökonomische Abhängigkeiten einiger Länder des Südens, oft von Russland, vor allem durch billigeres Öl etc.

Sind wir auf dem Weg zu einer multipolaren Weltordnung?

Zumach: Ich nenne mal drei potenzielle Entwicklungen für eine künftige Weltordnung. Die erste ist die konkrete Utopie einer »G193«, in der nicht nur die Interessen der Regierungen der 193 Mitgliedstaaten der UNO berücksichtigt würden, sondern vor allem die Bedürfnisse der Bevölkerung in diesen 193 Staaten. Das Worst-Case-Szenario wäre die harte bipolare Konfrontation zwischen den USA und China, wobei dann beide Seiten versuchen würden, andere Staaten in den Schulterschluss zu nehmen. Dies deutet sich schon an und hätte dann zur Folge, dass nicht nur der UNO-Sicherheitsrat ähnlich blockiert sein würde wie zu Zeiten des Kalten Krieges, sondern auch weite Teile des gesamten UNO-Systems und anderer internationaler Institutionen, bei denen es darum geht, die gemeinsamen globalen Herausforderungen wie die Klimaerhitzung an erster Stelle und die wieder zunehmende Armut endlich in den Griff zu kriegen und zu bewältigen. Ich glaube, realpolitisch läuft es am ehesten auf die dritte Möglichkeit hinaus: eine multipolare Ordnung, mit fünf bis sieben Akteuren. Das wären die USA, China, die EU, Indien und Russland sowie eventuell Brasilien und Südafrika. Wenn diese fünf bis sieben Akteure sich trotz der unterschiedlichen inneren Ausrichtung – Demokratie, weniger Demokratie, Diktatur – zumindest verständigen würden, bei der Bewältigung der globalen Herausforderungen zu kooperieren, dann wäre das ein Fortschritt.

Und dann ist die Frage natürlich, ob mit Rücksicht auf eine solche Kooperation zum Beispiel Menschenrechtsverletzungen in China nicht mehr kritisiert werden dürfen. Meine klare Antwort ist: Natürlich darf man das. Man muss es auch. Eine Verletzung der bürgerlich freiheitlichen politischen Rechte in China muss kritisiert werden. Die Frage ist: Wie macht man das und mit welchem Ton? Ich finde, wenn man kritisiert, gerade als westliche Politikerin oder Politiker, dann sollte man vielleicht auch mal sagen: In China, wo während der Kulturrevolution 40 Millionen Menschen verhungert sind, werden heute die wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen Rechte von 1,4 Milliarden Menschen weitgehend erfüllt – also die Rechte auf Essen, Trinken, saubere Sanitäreinrichtungen, Gesundheitssystem, ein Dach über dem Kopf. Und das ist natürlich ein riesiger menschenrechtlicher und zivilisatorischer Fortschritt. Das sollte dann auch gesagt werden. Und eine ähnliche Frage ist, wie reden wir über den Ukraine-Krieg die nächsten Jahrzehnte? Das Narrativ, was in Berlin zu hören ist, ist das eines Konflikts für die nächsten Jahrzehnte zwischen unseren westlichen liberalen Demokratien auf der einen Seite und einer Allianz autokratisch bis diktatorisch regierter Staaten auf der anderen Seite. Das ist erstens arrogant angesichts der Fehler, Versäumnisse und Verbrechen des Westens und es ist zweitens analytisch falsch. Natürlich sind Russland und China keine Demokratien. Aber davon abgesehen, gibt es doch grundsätzliche Unterschiede zwischen beiden Ländern, die man nutzen sollte, um China dazu zu bringen, Einfluss auf

Putin auszuüben, den Krieg zu beenden. Und deswegen ist dieses Narrativ natürlich drittens kontraproduktiv, denn man stärkt damit die Hardliner-Fraktion. Wie alle sollten die Terminologie »westliche Werte« oder auch »europäische Werte« endgültig aus dem Sprachschatz streichen. Es gibt keine westlichen Werte. Es gibt die universellen Werte, die UNO-Charta mit dem Verbot des Krieges und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Und das Problem ist eben nicht westliche Werte versus asiatische oder individuelle versus kollektive. Sondern das Problem sind die doppelten Standards und die selektive Anwendung und Anmahnung dieser universellen Werte.

Stegner: Die Schwierigkeit, die ich sehe, ist, dass die Menschheit in der Lage ist, den ganzen Planeten zu zerstören. Und das mit effektiveren Methoden als jemals zuvor. Es braucht zum Zerstören immer weniger als zum Aufbauen. Insofern können die Gefahren, denen wir ausgesetzt sind, einfach nicht schöneredet werden. Kein einziges Problem dieser Welt ist durch weltweite Aufrüstung und »jeder gegen jeden« zu lösen. Hinzu kommt: Wir haben es nicht nur mit Staaten zu tun, die wohlregiert sind in irgendeiner Form und funktionieren, sondern in etlichen Regionen mit marodierenden Privatarmeen oder mit terroristischen Organisationen, die ganze Länder unterdrücken. Ich bin Vorsitzender des Untersuchungsausschusses Afghanistan. Wir befassen uns gerade damit, was wir in der größten und teuersten Operation in 20 Jahre dort erreicht oder nicht erreicht haben. Das ist ein Land, das zerstört worden ist von vielen verschiedenen Großmächten, die dort vorbeigeschaut haben, mit militärischer Macht und wenig Einfühlungsvermögen und gar keinem Interesse an dem Land und der Bevölkerung. Und das Sündenregister ist lang. Im Vergleich war es bei Deutschland so: Wir hatten das große Glück, in die zivilisierte Weltgemeinschaft wieder aufgenommen zu werden, obwohl wir mit dem Holocaust das schrecklichste Menschheitsverbrechen aller Zeiten angerichtet haben. Obwohl wir halb Europa in Schutt und Asche gelegt haben, haben wir innerhalb kürzester Zeit die Chance bekommen, Frieden und Wohlstand zu erreichen. Das ist die Geschichte Deutschlands, die uns zu allem Möglichen veranlassen sollte, keinesfalls zu Hochmut und zu moralischen Reden gegenüber andern. Es sollte uns anspornen, zu besonderen Anstrengungen, mit gutem Beispiel voranzugehen, wo immer wir das können mit humanitären Hilfen und mit diplomatischen Initiativen. Anders als unsere Großelterngeneration können wir nicht mehr argumentieren, wir wüssten nicht, wo das sonst hinführt. Und das bedeutet aus meiner Sicht, dass es möglich sein muss zu sagen: »Wir verteidigen die Sicherheitsinteressen Israels und wir sind gegen jede Form von Antisemitismus – übrigens nicht nur den, der durch Zugewanderte kommt, sondern auch den einheimischen – und wir unterstützen Israel dabei« und: »Humanität gilt immer. Und es ist falsch, die palästinensische Zivilbevölkerung, die unschuldig ist, in der Weise leiden zu lassen mit Flächenbombardements und dem Abschneiden von Medikamenten und Nahrungs-

mitteln und vielem anderen mehr.« Es muss möglich sein, beides zu sagen.

Und deswegen, glaube ich, ist die Debatte, die wir geführt haben, in Deutschland über wertbezogene oder interessenbezogene Außenpolitik eine, die vom Kopf auf die Füße gestellt werden muss. Man braucht einen klaren Kompass. Der heißt: Humanität gilt immer für alle Menschen. Der erste Satz unseres Grundgesetzes: Die Menschenwürde ist unantastbar – gilt für jeden, nicht nur für deutsche »Normalbürger«. Wenn ich das zu der Grundlage mache, kann ich trotzdem interessenbezogene Politik machen. Und was Herr Zumach als Vision formuliert hat, das gibt es. Die Sustainable-Development-Goals der Vereinten Nationen sind schon ein paar Jahre alt. Da steht alles drin, was man beachten muss. Da geht es nicht nur um Klima und Klimaschutz, da stehen ganz viele Dinge drin, die mal von den Vereinten Nationen beschlossen wurden. Wenn man sich denen nur ein Millimeter nähern würde, wäre das schon sehr viel Menschheitsfortschritt.

Wenn es auf den simplen Punkt reduziert würde, was die meisten Menschen wollen, wäre deutlich, dass sie in Frieden leben wollen, einigermaßen auskommen mit ihren Familien, egal an welche Religion sie glauben oder welche Sprache sie sprechen, egal in welcher Region sie leben. Das zu gewährleisten und sich nicht so sehr mit der Frage zu beschäftigen, wie man selbst die Welt geordnet sehen möchte, sondern zu akzeptieren, dass es unterschiedliche Betrachtungen gibt – aber dabei nicht die Menschenrechtsfragen zu verschweigen –, wäre doch ein Ziel. Wenn ich hingehe und sage: »China ist der größte Diktator und insofern haben wir den genauso wenig zu tun wie mit den Russen«, dann darf ich mich nicht wundern, wenn das nicht dazu führt, gemeinsam etwas dafür zu tun, dass Russland weniger aggressiv auftritt in der Ukraine. Das funktioniert nicht.

Abgesehen davon haben wir auch in Europa Länder, die die Pressefreiheit einschränken. Und in dieser Welt hat ein amerikanischer Präsident – an der Spitze der größten westlichen Demokratie – das Capitol stürmen lassen, weil er das Wahlergebnis nicht anerkennt. Und er sitzt nicht etwa im Gefängnis, sondern bewirbt sich mit Aussicht auf Wiederwahl. Das ist auch eine Entwicklung, die man sich vor Augen halten muss. Ich vergleiche das nicht. Ich sage nur: Für Überheblichkeit gibt es nicht den geringsten Anlass. Für Demut und Anstrengung gibt es eine ganze Menge. Und ein Minimalkonsens könnte aussehen wie eben beschrieben: Man versucht, in gemeinsamer Verantwortung, zu agieren.

Zumach: Was mir in dem Zusammenhang noch wichtig ist: Wir haben seit Mitte der 1990er Jahre einen Diskurs darüber, ob nicht die Sonderbedingungen mit eingeschränkter Souveränität und ohne die militärischen Mittel, wie sie etwa die Franzosen und Briten hatten, zu einer sehr erfolgreichen Diplomatie und zur Ost- und Entspannungspolitik geführt haben – gerade unter sozialliberalen Regierung. Nach

1990 wurden die Stimmen immer lauter, die sagten: »Jetzt muss das aber vorbei sein! Jetzt sind wir uneingeschränkt souverän. Und jetzt sollten wir auch eine Politik machen, ähnlich wie andere große europäische Staaten, inklusive des Einsatzes militärischer Mittel.« Verbrämt wurde dieses Verlangen häufig mit der Forderung »Deutschland muss endlich wieder internationale Verantwortung übernehmen.« Die große Frage ist, geben wir dem nach oder sagen wir, das, was unter Sonderbedingungen 40 Jahre lang erfolgreiche Politik war, das setzen wir fort. Und da spielt natürlich die Verarbeitung dieser 20 Jahre Afghanistan eine große Rolle. Die Tragik ist doch gewesen, dass bei den Beratungen über das Eingreifen der internationalen Gemeinschaft nach dem 11. September, also bei der Petersberger Konferenz im Herbst 2001, die deutschen Experten am Tisch alle sehr richtig – auch aufgrund der besseren Kenntnis dieses Landes und seiner Geschichte – zu Dingen geraten haben, die dann aber unter dem amerikanischen Diktat völlig anders entschieden worden sind.

Welche Rolle spielt denn der Konflikt in Gaza in dieser globalen Ordnung?

Zumach: Die Fragen nach der globalen Konfrontation und einer künftigen Weltordnung und den damit verbundenen Schwierigkeiten haben sich auch schon vor dem 24. Februar 2022 gestellt und auch vor dem 7. Oktober letzten Jahres. Das sind keine neuen Fragen. Aber sie werden durch diese beiden Kriegen noch deutlich erschwert. Mit Blick auf den Ukraine-Krieg wäre es eine Erleichterung, wenn es zu seiner Beendigung käme mithilfe des chinesischen Einwirkens auf Putin, aber auch der Länder des globalen Südens, die unter den globalen Auswirkungen am meisten leiden. Es ist eine Propagandabehauptung, Ursache seien vor allem die westlichen Sanktionen. Länder wie Ägypten, die bis vor Kriegsbeginn 87 % ihres Getreidebedarfs aus der Ukraine erhielten, erhalten jetzt nur noch 19% aus der Ukraine. Wenn die Inder, die Südafrikaner und die Brasilianer zusammen mit dem UNO-Generalsekretär endlich nach Moskau reisen und Putin sagen würden: Du musst diesen Krieg beenden und sei es auch nur, um die globalen Auswirkungen, die uns betreffen, zu beenden, wäre das ein wichtiger Schritt. Das wäre eine bessere Ausgangsbedingung, um dann auch künftig die gemeinsamen globalen Herausforderungen gemeinsam anzugehen. Das gilt auch für den Gaza-Konflikt, obwohl der natürlich nach wie vor als ein isolierter Konflikt gesehen wird. Allerdings erleben wir jetzt eine Eskalation, die auch für viele in Washington und Berlin überraschend kam. Die Huthis, die sich bisher nur auf ihre Interessen im Jemen und auf den Krieg mit Saudi-Arabien fixiert hatten, beschießen seit Wochen Handelsschiffe im Roten Meer mit der erklärten Begründung: »Wir solidarisieren uns mit den Palästinensern.« Davon ist zunehmend – wenn nicht sogar hauptsächlich – China betroffen. Nicht, dass bislang ein chinesisches Handelsschiff getroffen wurde, aber sie müssen alle die Umwege fahren, die teurer und zeitraubender sind. Also möglicherweise ergibt sich daraus irgendwann

auch ein konstruktives Interesse Chinas, zu einer Lösung des Grundkonflikts in dieser Region mit beizutragen. Also zu einer wie auch immer gearteten staatlichen Selbstbestimmung der Palästinenser, sei es in einer Zweistaatenlösung oder in welchem Modell auch immer. Ob es dazu kommt, bleibt abzuwarten. Wenn es gelingt, diesen Konflikt zu deeskalieren, und die humanitäre Katastrophe, die jetzt noch viel größer zu werden droht, in Rafah zu verhindern, wäre das ein wichtiges Ergebnis. Denn wenn die Situation, die in Rafah droht, eintritt, dann haben wir für die nächsten Jahrzehnte neue Generationen von terrorismusbereiten Menschen gesät. Das wird viel schlimmer, als es die Hamas jemals gewesen ist. Das kann auch in Niemandes Interesse sein, weil die Solidarisierung weit über diese Region hinaus gehen wird. Das haben wir ja auch nach dem 11. September erlebt. Auch in China gibt es beispielsweise eine erkleckliche muslimische Minderheit.

Was muss passieren, damit die UN eine zentrale Rolle in einer solchen globalen multipolaren Ordnung spielen kann?

Stegner: Ich könnte mir vorstellen, dass die UN eine Rolle als Kontrollorgan spielen könnte, um die Einhaltung von Vereinbarungen zu gewährleisten, sollte es eine Einigung im Ukraine-Krieg geben. Es könnte ein Mandat für die UN geben, diese sehr vulnerablen Zwischenziele durchzusetzen, die dort vereinbart werden würden. Es wird schwer sein, aber das wäre eine Möglichkeit. Jede gelungene Mission, die dafür sorgt, dass das, was vereinbart wurde, eingehalten wird, finde ich sehr viel besser als viele andere Dinge, über die wir reden. Das stärkt die UN am meisten. Und ansonsten scheint es mir so zu sein: Je mehr man die Länder des globalen Südens davon überzeugt, dass wir nicht nur mit dem Ellenbogen Politik machen und weltweiten Raubtierkapitalismus durchsetzen, umso besser würden wir auch als Deutschland und EU dastehen. Wenn ich im Ausland bin, höre ich sehr viel Positives über Deutschland. Es wird oft gesagt, dass die deutsche Außenpolitik nicht mit den Ellenbogen betrieben wird, sondern wir die meiste humanitäre Hilfe geben und bestimmte Dinge stärker unterstützen als andere. Da könnten wir noch ein bisschen mehr machen. Also nicht: Wir sind wieder wer und endlich dürfen wir genauso sein wie alle anderen. Sondern wir könnten vielleicht aus unserer schrecklichen Geschichte ein bisschen mehr lernen. Nicht, indem wir anderen sagen, was sie tun sollen. Also nicht mit ausgefahrenem Zeigefinger, sondern eher im Sinne von »mit gutem Beispiel vorangehen«. Das finde ich die sympathischste Form von Führung.

Zumach: Die UNO ist so gut oder so schlecht, so erfolgreich oder so gescheitert, wie das ihre Mitgliedsstaaten zulassen. Es gibt von Kofi Annan, dem Generalsekretär Mitte der 90er Jahre, eine umfangreiche Blaupause für eine Reform der UNO mit dem Ziel, ihre Handlungsfähigkeit gerade bei der Bewältigung der globalen Herausforderun-

gen zu stärken. Davon sind bis heute erst wenige Punkte umgesetzt. Der Punkt, der immer wieder erwähnt wird und auf den sich die deutsche Reformdebatte leider seit 30 Jahren verengt, ist der Ständige Sitz im Sicherheitsrat mit Veto. Das Problem ist: weder in Moskau noch in Peking, aber genauso wenig in Washington, London und Paris, also in den Hauptstädten der fünf Ständigen Mitglieder, gibt es auch nur einen Hauch von Bereitschaft, dieses Privileg ganz aufzugeben oder auch nur zu teilen mit Ländern des Südens. Deswegen ist mein Plädoyer, all die anderen Reformfragen, die sämtlich umsetzbar wären ohne eine formale Veränderung der UNO-Charta, endlich aktiv anzugehen. Das heißt vor allem sehr viel mehr Geld für die UNO, eine eigene ständige Truppe, die in Fällen von nachweislich drohendem Völkermord eingesetzt werden kann, um diesen zu verhindern, und mehr Kompetenzen für UNO-Organisationen in den Mitgliedsländern. Ich könnte ganz viele Punkte nennen, die möglich sind, aber sie sind halt abhängig vom politischen Willen von Mitgliedsstaaten. Und da ist Deutschland nicht einer der Kleinsten und der Schwächsten.

Gibt es Ansatzpunkte, wo zivilgesellschaftliche Organisationen und Kirchen handeln oder zu mindesten ihren Beitrag leisten können, um nicht nur als frustrierte Zuschauende bei dem fürchterlichen Spiel dabei zu sein?

Stegner: Ich finde, die Kirchen haben ein besonderes Interesse zu sagen: Wir sind nicht dafür da, bequem zu sein, sondern den Zeigefinger zu erheben und zu sagen, lasst uns mehr reden. Wir sind nicht diejenigen, die Waffen segnen, die wir überallhin exportieren, sondern wir sind diejenigen, die darauf aufmerksam machen, dass Frieden der Ernstfall ist und die Gerechtigkeitsfragen gestellt werden. Wir haben globale Gerechtigkeitsfragen, die wir anders beantworten müssen, als wir das bisher tun. Da könnten die Kirchen und andere sich lauter zu Wort melden.

Zumach: Die Kirchen waren immer dann relevant, wurden gehört und haben etwas bewegt, wenn sie mit eigenen neuen Initiativen kamen. Oder wenn sie sich deutlich, präzise und kritisch zur aktuellen Politik geäußert haben. Das ist derzeit leider überhaupt nicht der Fall.



Bearbeitung:
Anna Meinhardt und
Thomas Meinhardt